

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 pbbn d

## Inhalt

Klaus Daubertshäuser MdB fordert ein Durchfahrtsverbot für „rollende Zeitbomben“: Bürger vor gefährlichen Gütern schützen.

Seite 1

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB und Alwin Brück MdB ziehen Schlußfolgerungen aus der Reise mit Hans-Jochen Vogel nach Straßburg: Chancen des europäischen Binnenmarktes nutzen.

Seite 2

Beate Weber MdEP hält den CDU-Europa-Abgeordneten vor, der eigenen Regierung in den Rücken zu fallen: Verantwortungloser Umgang mit der Ozon-Schicht.

Seite 4

Leo Petry MdL weist auf die Gefährdung tausender Arbeitsplätze im Saarland hin: Bonner Energiebericht wird zum Gruben-Killer.

Seite 5

42. Jahrgang / 129

13. Juli 1987

### Durchfahrtsverbot für „rollende Zeitbomben“

Die Bürger müssen vor gefährlichen Gütern geschützt werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Wohngebiete und unfallträchtige Straßenabschnitte müssen für Gefahrguttransporte gesperrt werden. Die Sozialdemokraten haben dies seit Jahren gefordert. Jetzt will die Regierung diese Forderung aufgreifen. Bedauerlich ist, daß sie sich hierzu nicht früher entschließen konnte. Die Katastrophe von Herborn hätte wahrscheinlich vermieden werden können.

Die Strecken- und Routenplanung für Gefahrguttransporte darf nicht in erster Linie auf die Bedürfnisse der Transportunternehmen ausgerichtet sein. Im Vordergrund müssen die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung und nicht ökonomische Interessen stehen. Die Unternehmen dürfen deshalb nicht ohne weiteres die kürzesten Wege wählen. Sie müssen Umwege fahren zum Schutz der Bevölkerung.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben die Sozialdemokraten gefordert:

- Für den Transport gefährlicher Güter im Fernverkehr muß vorrangig die sichere Bundesbahn genutzt werden.
- Transportbehälter und Tanks müssen bruchstark ausgelegt werden.
- Fahrzeuge für gefährliche Güter müssen auf dem bestmöglichen Stand der Technik sein. Zum Beispiel sind auch Anti-Blockier-Vorrichtungen verbindlich vorzuschreiben.
- Die Ausbildung der Fahrer muß verbessert werden entsprechend den besonderen Anforderungen für solche Gefahrguttransporte.
- Die hohen Schadensrisiken beim Transport gefährlicher Güter müssen versicherungsrechtlich voll abgedeckt werden.
- Abwicklung und Überwachung der Gefahrguttransporte müssen intensiviert werden. Wenn die Transportunternehmen Kontrollen nicht zu fürchten brauchen, werden sie die Sicherheitsvorschriften kaum sorgfältig beachten.

Die Bürger müssen vor dem Risiko aus dem Transport gefährlicher Güter wirkungsvoll geschützt werden. Appelle an die Verantwortlichen werden auch in Zukunft nichts bewirken.  
(-13.7.1987/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauf-Übersatz  
mit wertvoller Recycling-Papier



Chancen des europäischen Binnenmarktes nutzen

Schlußfolgerungen aus der Reise mit Hans-Jochen Vogel nach Straßburg

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums und  
Alwin Brück MdB

I.

In der Bundesrepublik werden die Chancen des bis bis 1992 zu verwirklichenden europäischen Binnenmarktes bisher nicht ausreichend erkannt. Die volle Realisierung des Binnenmarktes wird für die Bundesrepublik Deutschland wie ein kostenloses Konjunkturprogramm wirken. (Schon heute gehen rund 70 Prozent der Exporte aus der Bundesrepublik nach Westeuropa.) Angesichts dieser Chancen für die Arbeitsplätze und die Zukunft der deutschen Industrie muten die Prioritäten der EG-Politik der Bundesregierung (Präferenz bei hohen Agrarpreisen) anachronistisch an und gefährden die Verwirklichung des Binnenmarktes.

Die SPD wird in Anhörungen im Herbst dieses Jahres die Konsequenzen des großen Gemeinsamen Marktes aufzeigen.

II.

Die geplante Reform der EG-Finanzierung, wie sie EG-Kommissionspräsident Jacques Delors vorgeschlagen hat, ist überfällig und notwendig. Aus ihr ergibt sich kein Grund, die Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik zu erhöhen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, wie Hans-Jochen Vogel es vor der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments ausdrückte: „Unsere finanziellen Ressourcen sind hier (bei der Verwirklichung des einheitlichen Marktes) auch besser angelegt, als wenn sie zur Senkung des Spitzensteuersatzes für Höchstverdiener verwendet werden. Dagegen, aus diesem Anlaß die Mehrwertsteuer zu erhöhen, werden wir uns deshalb entschieden zur Wehr setzen.“

Die EG-Kommission wird zwar demnächst einen Vorschlag für eine gewisse Bandbreite zur Harmonisierung bei der Mehrwertsteuer machen, aber die Bundesrepublik liegt mit ihrem Mehrwertsteuersatz innerhalb dieser Bandbreite.



III.

Die Gespräche in Straßburg haben Aufschluß über das gegeben, was die Bundesregierung zu Hause geflissentlich verschweigt: Den Umfang der Kosten, die sie durch ihr eigenes Verhalten in Brüssel mitverursacht hat und die sie nun auf den nächsten Bundeshaushalt überwälzt. Wir werden der Bundesregierung bei den kommenden Haushaltsberatungen ihre Verantwortung dafür deutlich machen:

- Allein 2,5 Milliarden Mark werden die Agrarbeschlüsse, die die Bundesregierung maßgeblich mitgeprägt hat, für den Bundeshaushalt an Mehrkosten bedeuten.
- Mindestens sechs Milliarden Mark Defizit des EG-Haushaltes 1987 werden durch Beschluß der Finanzminister auf den EG-Haushalt 1988 schlicht „verschoben“. Mehrkosten im Bundeshaushalt 1988: mindestens zwei Milliarden Mark.

IV.

Die neu in die EG aufgenommenen Länder Spanien und Portugal haben ein Anrecht auf einen stärkeren Finanzausgleich zu ihren Gunsten. Deshalb ist die drastische Aufstockung der sogenannten Strukturfonds unumgänglich. In den Gesprächen in Straßburg waren im Gegensatz zur Forderung der EG-Kommission nach einer Verdoppelung von seiten des Rates und der Regierungen aber nur Steigerungsmargen von 30 oder 50 Prozent zu hören. Hans-Jochen Vogel hat es für die SPD so ausgedrückt: „Wir liegen in unseren Forderungen näher bei der 100prozentigen Steigerung.“

Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf durchzusetzen, daß bei der Reform der EG-Strukturfonds die deutschen Krisenregionen weiter berücksichtigt werden. Dies ist leichter zu verwirklichen bei einem großflächigen Finanzierungsangebot zur Höhe der Strukturfonds.

Das Verhalten der Bundesregierung ist allerdings leider nur mit dem Satz zu charakterisieren: Sie will weder zahlen noch sparen.

V.

Es zeigt sich immer mehr, daß EG-Kommissionspräsident Jacques Delors ein Glücksfall für die Europäische Gemeinschaft ist. Seine Person, seine analytischen Fähigkeiten, seine Durchsetzungskraft sind wichtige Vorbedingungen für den Erfolg einer EG-Reform. Die Bundesregierung sollte sich für eine Verlängerung seiner Amtszeit einsetzen. (-/13.7.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Verantwortungsloser Umgang mit der Ozon-Schicht**

**CDU-Europa-Abgeordnete fallen der eigenen Regierung in den Rücken**

**Von Beate Weber MdEP**

**Vorsitzende des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments**

Während die Bonner Regierung sich endlich anfängt zu bewegen in Anbetracht der erdrückenden wissenschaftlichen Fakten und mit den Dänen und den Niederländern für ein härteres Vorgehen gegen die Gefährdung der Ozon-Schicht in den weltweiten Verhandlungen eintritt, fallen die deutschen CDU-Abgeordneten auf eine unverantwortliche Position des Abwartens zurück. Sie lassen auch die Bonner Koalitionsvereinbarungen außer acht, die ein Verbot der Spraydosen fordern.

Für sie reicht die von der EG in den Verhandlungen zum CFKW-Protokoll vorgeschlagene Verringerung der Produktion der gefährlichen CFKW um nur 20 Prozent bis zum Jahr 1992 aus, danach soll erst mal wieder die Wissenschaft gefragt werden. Die USA haben übrigens mit anderen Ländern vorgeschlagen, innerhalb von zehn Jahren um 85 Prozent (!) zu verringern.

Die Bundesregierung hat sich inzwischen dazu durchgerungen, daß die EG-Forderung nicht ausreicht und daß zumindest in einer zeitlich und prozentual festgelegten zweiten Stufe eine weitere Reduktion um circa 30 Prozent erfolgen muß - auch dies wird von den Abgeordneten abgelehnt.

Die Regierung will auch endlich die Verwendung der CFKW als Treibgase in Spraydosen sofort verbieten, wartet jedoch auf eine gemeinsame Position der EG wegen der wirtschafts- und handelspolitischen Fragen - ihre Abgeordneten haben auch hier meiner, vom Umweltausschuß des EP unterstützten Forderung nicht zugestimmt, sie wollen das einem noch auszuhandelnden, zeitlich nicht begrenzten zweiten Schritt überlassen.

Die EG spricht in den Verhandlungen für die Mitgliedstaaten und gibt mit ihrer starken wirtschaftlichen Macht damit die Richtung für die Verhandlungen an.

In dieser Situation, wo die mühsamen Versuche der USA, Canada und der Nordischen Länder, die Ozon-Schicht zu retten, nun allmählich auch von einzelnen EG-Staaten unterstützt werden, verhehlen nun ausgerechnet die deutschen CDU-Abgeordneten der konservativen Seite des Hauses, die ihre Industrie vor jeder Veränderung schützen will, zur Mehrheit.

Die CDU muß sich fragen lassen, ob sie das Risiko eines Ozonsabbaus mit seinen gravierenden Folgen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit immer noch nicht sieht, ob die in den Koalitionsverhandlungen ausgehandelten Positionen (Spraydosen) das Papier nicht wert sind, auf dem sie gedruckt sind.

Mit dieser Position der EG wird die Verabschiedung des CFKW-Protokolls wohl das Schicksal der Ozon-Schicht endgültig besiegeln.

Sind sich die Abgeordneten ihrer Verantwortung nicht bewußt?

(-/13.7.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Bonner Energiebericht wird zum Gruben-Killer**

**Im Saarland sind tausende Arbeitsplätze gefährdet**

**Von Leo Petry MdL**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes**

Die Befürchtung, daß der Energiebericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1986 zum Gruben-Killer des Jahres 1987 werden könnte, ist in sehr brutaler Art und Weise Wahrheit geworden. Unübersehbare Hinweise auf diese Entwicklung waren im Energiebericht zum einen die Forderung nach Konzentration der Kohleförderung auf die kostengünstigsten Zechen und zum anderen die Tatsache, daß das Wort Kohlevorrang erst gar nicht mehr erschien.

Nach der Bundestagswahl 1987 wurden Regierungskreise noch deutlicher, als sie davon sprachen, daß Kohle und Stahl nicht mehr lebensfähig seien, und daß man Kohle und Stahl nicht noch Sterbehilfe zahlen sollte.

Im Kern hat die Anti-Kohlepolitik der Bundesregierung zwei Ursachen:

- a) die Finanzprobleme: Subventionen in Milliardenhöhe unter anderem für den Airbus, für die Landwirtschaft, für die Werften und steuerpolitische Versprechungen bringen die Bundesfinanzen in noch nicht absehbare Schwierigkeiten;
- b) die von der derzeitigen Bundesregierung praktizierte Atomvorrangpolitik: Die Atomenergieanlagen müssen möglichst hoch ausgelastet sein, um die hohen Investitionen zu finanzieren - und diese Strategie gerät aufgrund von Überkapazitäten ins Wanken.

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die Kohle politisch in die Zange genommen wird: Einmal wird die Kostenfrage wieder in den Vordergrund geschoben, - wobei jeder weiß, daß auch die am kostengünstigsten geförderte Kohle mit den Preisen auf dem Weltmarkt kaum in Wettbewerb treten kann. Zum anderen werden die Absatzmöglichkeiten der Kohle durch politische Entscheidungen verringert, teilweise planmäßig zerstört.

Die Einsatzmöglichkeiten deutscher Kokskohle in der Stahlindustrie werden durch die Veränderungen am Hüttenvertrag materiell verschlechtert.

Mehr Sorge macht zur Zeit allerdings die Tatsache, daß aufgrund zurückgehender deutscher Stahlproduktion weniger Kokskohle gebraucht wird, und dies, obwohl die deutschen Stahlunternehmen zu den modernsten und produktivsten in Europa gehören.

Das Kernproblem liegt darin, daß die Bundesregierung weiterhin tatenlos zuschaut, wie die wettbewerbsfähige deutsche Stahlindustrie infolge eines unverantwortlichen Subventionswettkampfs von Drittländern und Ländern der EG ins Hintertreffen gerät.

Auf dem Wärmemarkt wird die Kohle ungeschützt dem Wettbewerb ausgesetzt. Diesen Wettbewerb wird sie bei derzeitigen Preisen konkurrierender Energieträger nicht bestehen können. Durch den Ausstieg der Bundesregierung aus der Fernwärmeförderung werden großflächige Chancen in der Bundesrepublik verpaßt.

Die bei den Koalitionsverhandlungen 1987 verabredete Kappung der Exportbeihilfen trifft die Kohle unvorbereitet und massiv. Die ursprüngliche Abmachung, daß ab 1991 die Exportbeihilfen unter der

Bedingung der regionalen und sozialen Verträglichkeit abgebaut werden, gilt nun nicht mehr - was bedeutet, daß zwischen drei und fünf Gruben direkt betroffen werden.

Der Einsatz der Kohle im Strommarkt, der bisher sicherste und größte Absatzsektor der deutschen Kohle ist gefährdet. Die Überkapazität im Atomenergiebereich hat inzwischen die Kohle völlig aus dem Grundlastbereich verdrängt und bedroht auch ihren Einsatz im Mittellastbereich.

CDU-geführte Länder stellen schon jetzt den noch bis 1995 geltenden Jahrhundertvertrag infrage.

Große Befürchtungen gibt es bezüglich der Chancen der Kohle im Strommarkt über 1995 hinaus, denn Überkapazitäten in Atomenergiebereich bedeuten, daß die Ausnutzung dieser Anlagen aufgrund ihrer Kapitalintensität immer vorrangig vor dem Einsatz der Kohle sein wird. Desweiteren ist das Zukunftsinvestitionsprogramm für den Ausbau von Heizkraftwerken ausgelaufen und von der Wenderegierung nicht wieder aufgelegt worden; Ersatzneubauten sind kaum noch möglich. Dies kann zur Folge haben, daß in den 90er Jahren nicht mehr ausreichend und qualitativ richtige Kohleheizkraftwerke zur Verfügung stehen, um die notwendigen Kohlemengen verstromen zu können.

Die Auswirkungen für die bundesdeutschen Bergbaureviere können verheerend sein. Für das Saarland bedeuten alleine die politisch zu verantwortenden Mindermengen im Stahl, auf dem Wärme- und im Export 1,2 bis 1,4 Millionen Tonnen weniger im Jahr, womit eine Grube unmittelbar von der Schließung bedroht ist. Das Risiko für die saarländische Kohle im Falle des Abbaus des Ölausgleichs wird vom Vorstandsvorsitzenden der Saarbergwerke mit 1,5 bis zwei Millionen Jahrestonnen geschätzt.

Die Energiepolitik der Bundesregierung gefährdet nicht nur einige Gruben, sondern sie gefährdet ganze Reviere. Nach der Aussage der Saarbergwerke würde sich bei einer Jahresproduktion von über zehn Millionen Tonnen im Saarland die Frage einer Grubenschließung nicht stellen. Diese Aussage ist bedeutend. Denn der Bund hat nicht nur eine regionale und strukturpolitische Verantwortung, sondern durch seine 74prozentige Mehrheitsbeteiligung an den Saarbergwerken auch eine besondere Verpflichtung als Eigentümer.

Der Saarbergbau ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor im Saarland. Er erbringt allein 12 Prozent des Umsatzes aller saarländischen Industriebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Die Saarbergwerke sind für die saarländische Zuliefer-Wirtschaft wichtig, da sie mit etwa 65 Prozent am Bestellvolumen beteiligt ist. 17 Prozent beträgt der Anteil der Beschäftigten im Bergbau an den saarländischen Industriebeschäftigten und rund 20 Prozent der Brutto- und Gehaltssumme aller saarländischen Industriebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten wird dort erzielt. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Schließung der Grube Camphausen sichert zur Zeit 2.300 Arbeitsplätze direkt und rund 1.200 im Vor- und Nachlieferungsbereich. Wenn die Bundesregierung auf Schließung dieser Grube drängt, ist sie auch für den Ersatz der dann fehlenden Arbeitsplätze verantwortlich.

Das Kernproblem liegt darin, daß die Bundesregierung zur Zeit kein berechenbares und vorausschauendes Konzept in der Energiepolitik hat. Aus volkswirtschaftlichen, regionalwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Gründen ist sie zur Auskunft verpflichtet, wie hoch die deutsche Kohleproduktion in der Zukunft sein soll.

Die SPD-Saar hält eine Jahresmindestförderungsmenge in der Bundesrepublik von 80 Millionen Tonnen aus volks-, regional- und energiewirtschaftlichen Gründen für erforderlich.

(-/13.7.1987/rs/ks)

\* \* \*